

Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition

Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb der planetaren Grenzen

Welche Argumente und Positionen spielen in dem Diskurs zu Wirtschaftswachstum und Umwelt eine Rolle? Der folgende Beitrag stellt Ergebnisse aus der aktuellen Studie des Umweltbundesamtes zum Thema vor und skizziert den Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition.

In Deutschland besteht auf wissenschaftlicher und politischer Ebene ein weitgehender Konsens darüber, dass ökologische Belastungsgrenzen (*planetary boundaries*) auf Dauer eingehalten werden sollen. Mit dem 1,5 beziehungsweise 2°C-Ziel wurde ein zentrales klimapolitisches Ziel im Pariser Abkommen auch international festgeschrieben. Nimmt man diese Ziele ernst, so ist eine fundamentale Veränderung der Wirtschaftsweise innerhalb einer Zeitspanne von wenigen Jahrzehnten notwendig.

Der bisherigen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ist es bislang bei Weitem nicht gelungen, eine hinreichend starke Reduktion der ökologischen Belastungen zu erreichen. Wie genau die grundsätzlich konsensualen Ziele erreicht werden sollten, wird sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen Bereich kontrovers diskutiert. Besonders umstritten ist dabei die Frage nach der Relevanz der wirtschaftlichen Entwicklung beziehungsweise des Wirtschaftswachstums für die Erreichung umweltpolitischer Ziele. Mit der vom Umweltbundesamt (UBA) herausgegebenen Studie *Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen – Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition* möchten wir zum Verständnis dieser Kontroverse beitragen und haben konkrete Vorschläge unterbreitet.

Durch die Darstellung, Analyse und Bewertung zentraler Argumente und Schlussfolgerungen aus dem gesamten Spektrum der Positionen innerhalb der Wachstumsdebatte – von Green Growth über A-Growth und Postwachstum bis hin zu Degrowth – wird ein Beitrag dazu geleistet, diesen Diskurs zu strukturieren und für ein breiteres Publikum zugänglich zu machen. Ebenso haben wir relevante Bezüge zu verschiedenen theoretischen Ansätzen und empirischen Studien, wie sie in der Mainstream-Ökonomik und in heterodoxen Ansätzen zu finden sind, hergestellt. Ausgehend von der Prämisse, dass das Ziel der Einhaltung planetarer Grenzen für umweltpolitisches

Handeln maßgeblich sein sollte, möchten wir insbesondere folgende Ergebnisse der Studie zur Diskussion stellen:

These I: Die Einhaltung der planetaren Grenzen erfordert einen tief greifenden Wandel, der sich nicht allein auf eine Grundstrategie stützen kann.

Innerhalb des Diskurses gibt es zwei besonders prominente und eindeutig antagonistische Positionen: Green Growth und Degrowth. Beide Ansätze beruhen jedoch auf Kernannahmen, die sich wissenschaftlich nicht hinreichend begründen beziehungsweise belegen lassen. Keine dieser Position sollte daher für sich beanspruchen, als alleinige Strategie für umweltpolitisches Handeln dienen zu können.

Green-Growth-Befürworter/innen argumentieren, dass weiteres Wirtschaftswachstum auch in früh industrialisierten, wohlhabenden Volkswirtschaften notwendig ist, um die Lebensqualität in diesen Gesellschaften zu erhalten oder zu erhöhen. Zudem bestehe hinreichende Gewissheit darüber, dass ökologische Belastungen durch geeignete Instrumente ausreichend stark reduziert werden können, damit die planetaren Grenzen eingehalten werden. Die Wirtschaftsleistung kann dabei – wenn auch in qualitativ veränderter Form – weiterhin wachsen. Diese Auffassungen lassen sich aber nur dann gut begründen, wenn eine Gewissheit für das Gelingen einer hinreichend starken Entkopplung unterstellt wird, die wissenschaftlich nicht haltbar ist. Zudem wird hier die in der neoklassischen Wohlfahrtsökonomik vertretene Auffassung der Lebensqualität zugrundegelegt: Lebensqualität ist danach das Aggregat des Ausmaßes, in dem individuelle Präferenzen erfüllt werden. Es ist aus einer gesellschaftlichen Perspektive aber nicht klar, warum gerade diese Auffassung von Lebensqualität als Präferenzenerfüllung und nicht eine andere Konzeption der „richtige“ Maßstab für politisches Handeln sein sollte.

Degrowth-Vertreter/innen sind der Auffassung, dass Wirtschaftswachstum zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität in den wohlhabenden Ländern nicht (mehr) notwendig ist. Diese könne selbst dann gesichert oder gar erhöht werden, wenn die aggregierte Wirtschaftsleistung sinkt. Laut dieser Position besteht zudem hinreichende Gewissheit darüber, dass die Wirtschaftsleistung in den wohlhabenden Ländern sinken wird, wenn diese ihre ökologischen Belastungen ausreichend stark reduzieren. Dagegen wenden wir ein, dass Degrowth-Vertreter/innen nicht überzeugend erläutern, ob und insbesondere wie die Lebensqualität erhalten werden kann, wenn das BIP je

Kopf (sehr) stark abnimmt. Ebenso ist die behauptete Gewissheit über das unvermeidliche Scheitern einer hinreichend starken Entkopplungsstrategie wissenschaftlich nicht haltbar.

These II: Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition nimmt die Schnittmengen der unterschiedlichen Zugänge auf und lotet handlungsorientiert die Möglichkeiten zur Einhaltung der planetaren Grenzen aus.

Ein zentrales Ergebnis des Projekts besteht in der Erkenntnis, dass es zwischen den sich auf Ebene ihrer zentralen Annahmen widersprechenden Orientierungen Green Growth und Degrowth dennoch weitreichende Überschneidungen und potenzielle Komplementaritäten auf Ebene der jeweils befürworteten Maßnahmen und politischen Instrumente gibt.

Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition versucht diese Ausgangslage in produktiver Art und Weise zu nutzen: Sie ist einerseits ergebnisoffen und besitzt keine starken Ex-ante-Prämissen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Wirtschaftsleistung sowie hinsichtlich des Gelingens oder Scheiterns der Entkopplung. Andererseits lotet sie aus, wie groß der konsensuale und potenziell komplementäre Bereich zwischen verschiedenen Positionen auf der instrumentellen Ebene ist. Zugleich wird aber auch die in der Multi-Level-Perspektive betonte Einsicht anerkannt, dass gesellschaftliche Wandelprozesse nicht allein auf der instrumentellen Ebene und durch Benennung von defensiven Zielen („planetare Grenzen“) angetrieben werden können.

These III: Die Einhaltung der planetaren Grenzen erfordert einen kulturellen und institutionellen Wandel.

Die bisher dominante *culture of growth* ist tief in den formalen und informellen Institutionen verankert, die unsere Gesellschaften „steuern“. Wollen sie zur Einhaltung planetarer Grenzen beitragen, müssen Politikansätze daher – jenseits materieller Ziele und unmittelbar darauf ausgerichteter Instrumente – auch den kulturellen Wandel hin zu einer *culture of sustainability* in den Blick nehmen.

Aufgrund der heutigen Verfasstheit der früh industrialisierten, wohlhabenden Länder spielen die Wirtschaftsleistung und die damit generierten Einkommen eine wichtige Rolle für die Funktionsweise fundamentaler gesellschaftlicher Institutionen. Aus dem Vorsorgeprinzip lässt sich, angesichts der Unsicherheiten bezüglich der künftigen Entwicklung der Wirtschaftsleistung, das Ziel ableiten, diese gesellschaftlichen Institutionen wenn möglich so zu transformieren, dass sie ihre Funktionen unabhängiger von der Wirtschaftsleistung erbringen können.

Würde es gelingen, gesellschaftliche Institutionen wachstumsunabhängiger zu gestalten, könnte die Politik notwendige Politikmaßnahmen unabhängiger von ihren vermeintlich negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum gestalten.

Die Spielräume für eine ambitionierte Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik würden sich ausweiten.

These IV: Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition fordert: ökonomische Rahmenbedingungen setzen, neue Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung ausloten, Potenziale für stärkere Wachstumsunabhängigkeit prüfen.

Aus der vorsorgeorientierten Postwachstumsposition lassen sich die folgenden drei Forderungen ableiten: Erstens erfordert die Einhaltung der planetaren Grenzen eine Anpassung der ökonomischen Rahmenbedingungen, insbesondere durch den entschlossenen Einsatz von (marktbasieren) Instrumenten zur Internalisierung umweltschädlicher externer Effekte. Zweitens sollten durch partizipative Suchprozesse, Experimentierräume und neue innovations- und forschungspolitische Ansätze neue Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung ausgelotet und erschlossen werden. Drittens sollten Potenziale für eine wachstumsunabhängigere Gestaltung gesellschaftlicher Institutionen identifiziert und nutzbar gemacht werden.

Die Analysen des Projektteams zeigen jedoch, dass die bisher vorgeschlagenen Ansätze zur Verwirklichung von mehr Wachstumsunabhängigkeit allenfalls eine marginale Wirksamkeit besitzen. Zudem werden grundlegende Reformansätze, wenn überhaupt, bisher nur in kleinen Teilbereichen der Gesellschaft angedacht und in einer Reihe kleinerer Experimente verfolgt. Angesichts der Ungewissheit über die Erfolgsaussichten der bisher dominant verfolgten Strategie einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und negativen Umweltauswirkungen erscheint es jedoch geboten, weiter an der Konzeption und Erprobung von weniger stark vom Wirtschaftswachstum abhängigen Modellen zu arbeiten. Wir sehen in diesem Themenfeld einen erheblichen Diskussions-, Handlungs- und Forschungsbedarf.

AUTOREN + KONTAKT

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (IÖW)

Ulrich Petschow (Projektleiter).

E-Mail: ulrich.petschow@ioew.de, Tel.: +49 30 884594-23

Dr. Steffen Lange

David Hofmann

Dr. Eugen Pissarskoi (Universität Tübingen, ehemals IÖW)

RWI – LEIBNIZ-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Dr. Nils aus dem Moore, Leiter der Forschungsgruppe

„Nachhaltigkeit und Governance“, stellvertretender Leiter des Berliner Büros.

E-Mail: nils.ausdemmoore@rwi-essen.de,

Tel.: +49 30 2021598-15

Thorben Korfhage

Annekathrin Schoof

WUPPERTAL INSTITUT FÜR KLIMA, UMWELT, ENERGIE

Bettina Bahn-Walkowiak

E-Mail: bettina.bahn-walkowiak@wupperinst.org,

Tel.: +49 202 2492-276

Prof. Dr. Hermann Ott (ClientEarth, ehemals Wuppertal Institut)